

# Antrag P22: Beschluss einer Mandatsträgergehaltsbegrenzung

**Antragsteller\*in:** Marlen Borchardt (Sachsen), Mirko Boysen (Baden-Württemberg), Iris Burdinski (Brandenburg), und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

## 1 **Beschluss einer Mandatsträgergehaltsbegrenzung**

- 2 1. DIE LINKE verpflichtet alle zukünftigen Mandatsträger im Bundestag, von der  
3 erhaltenen Diät alles über einem Wert von 3000 Euro netto abzugeben.
- 4 2. Die Regelung gilt für alle, die sich zur Bundestagswahl auf Listen der Linken  
5 aufstellen.
- 6 3. Für alle anderen Mandatsträger der Linken, also Abgeordnete der LINKEN im  
7 Europäischen Parlament, des Deutschen Bundestags und - wo vertreten - in Landtagen,  
8 Bürgerschaften und Abgeordnetenhäusern ist eine Übernahme dieser Regelung empfohlen.
- 9 4. Die Kostenpauschale darf nicht als zweites Gehalt dienen. Über die Verwendung der  
10 Kostenpauschale ist Transparenz herzustellen. Die Kostenpauschale wird auf ein  
11 separates Konto überwiesen.
- 12 5. Ausnahmen sind möglich, insbesondere sind soziale, politische und strukturelle  
13 Diskriminierungen zu beachten. Abweichungen müssen bei einer dafür einzurichtenden  
14 Abgabekommission beantragt werden. Die Abgabekommission wird vom Parteivorstand  
15 gebildet.
- 16 6. Bezüglich der Verwendung des Geldes wird in diesem Antrag keine Regelung  
17 getroffen, sondern auf die bestehenden Abgabemodalitäten der Partei verwiesen. Ein  
18 vom Parteivorstand ausgearbeitetes Konzept zur Verwendung der Gelder wird bis zum  
19 kommenden Bundesparteitag 2025 zur Abstimmung vorbereitet.
- 20 7. Über das Einkommen eines Mandatsträgers besteht Rechenschaftspflicht, jährlich ist  
21 volle Transparenz auf der eigenen Internetpräsenz zu gewährleisten.
- 22 8. Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind unabhängig von einer Mitgliedschaft in  
23 der Partei verpflichtet, Mandatsträgerbeiträge zu bezahlen. Die Partei schließt mit  
24 Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern zivilrechtlich bindende Vereinbarungen, um  
25 sicherzustellen, dass die Zahlung des Mandatsträgerbeitrags im Falle einer  
26 Nichtzahlung gerichtlich durchgesetzt werden kann (siehe dazu auch S.48  
27 [linke.de/fileadmin/1\\_Partei/parteitage/Parteitag\\_Halle\\_2024/Antragsheft\\_1.pdf](https://www.die-<br/>linke.de/fileadmin/1_Partei/parteitage/Parteitag_Halle_2024/Antragsheft_1.pdf)).

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## **weitere Antragstellende**

Lena Bödeker (KV Göttingen/Osterode), Vincent Brecht (KV Stuttgart), Katharina Dahme (BAG Bewegungslinke), Janis Ehling (BV Berlin Friedrichshain-Kreuzberg), Lukas Eitel (BV Mittelfranken), Kathrin Gebel (Parteivorstand), Katalin Gennburg (BV Berlin Treptow-Köpenick), Thomas Goes (KV Göttingen/Osterode), Konstantin Gräfe (KV Potsdam), Inva Halili (BV Berlin-Mitte), Antonia Heinrich (BV Berlin-Neukölln), Thomas Iwan (BV Hamburg-Wandsbek), Ferat Kocak (BV Berlin-Neukölln), Rhonda Koch (BAG Bewegungslinke), Jakob Ole Lenz (KV Peine),

Marek Lipp (Linksjugend), Martin Neise (BV Berlin-Mitte), Nam Duy Nguyen (SV Leipzig), Sarah Niedrich (SDS), Luigi Pantisano (KV Stuttgart), Sabine Ritter (BV Hamburg-Eimsbüttel), Tim Roschig (Linksjugend), Dennis Sabisch (Linksjugend), Jonas Schwarz (Linksjugend), Jakub Techert (BV Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf), Anika Tewes (KV Cloppenburg), Hannah Vongries (BV Berlin-Neukölln), Moritz Warnke (BV Berlin Treptow-Köpenick), Zafer Yilmaz (Linksjugend), Karla Zierold (Linksjugend)